Erklärung der Forderungen von FridaysForFuture Deutschland

Hintergrund der Forderungen: Der Klimawandel ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Deswegen wurde das Pariser Abkommen beschlossen, das Deutschland unterzeichnet hat. Es verpflichtet alle 196 Unterzeichnerstaaten, die Erderwärmung auf 2 Grad gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung zu begrenzen und größte Anstrengungen zu unternehmen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die Wissenschaft hat gezeigt, dass die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden muss, denn eine Erwärmung um 2 Grad hätte deutlich dramatischere Folgen für Umwelt und Menschheit.
So wären beispielsweise weitere 10 Millionen Menschen durch den Meeresspiegelanstieg bedroht, Wetterextreme würden häufiger und intensiver werden, 99% der Korallen würden verschwinden und deutlich mehr Arten aussterben. Die derzeitige Politik der deutschen Regierung würde zu einer Erwärmung von etwa 3 Grad führen und muss deswegen grundlegend verändert werden.

Forderung 1: Nettonull 2035
Nettonull bedeutet, dass in Deutschland nur so viele Treibhausgase ausgestoßen werden dürfen, wie durch natürliche Prozesse wieder aufgenommen werden können. Deutschland hat sich im Pariser Abkommen verbindlich dazu verpflichtet, als reiches Land seine Emissionen deutlich schneller als weniger wohlhabende Länder zu reduzieren. Wissenschaftler*innen haben basierend auf Deutschlands Anteil an der Weltbevölkerung berechnet, welche Menge CO2 Deutschland noch ausstoßen darf, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Es gibt verschiedene Ansätze für die Berechnung der Jahreszahl, bis zu der Deutschland Nettonull erreicht haben muss. Nettonull 2035 ist das Ergebnis einer für Deutschland sehr vorteilhaften Berechnung.
Nettonull 2035 ist deshalb eine rote Linie für uns, die auf keinen Fall überschritten werden darf. Deutschland muss Nettonull also mindestens doppelt so schnell erreichen wie derzeit geplant.

Forderung 2: Kohleausstieg bis 2030
Kohlekraftwerke sind für 30% der deutschen CO2 Emissionen verantwortlich. Um das 1,5-Grad-Ziel erreichen zu können, muss nach einer Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft der Kohleausstieg bis spätestens 2030 geschafft sein. Der Beschluss der Kohlekommission, erst 2038 aus der Kohle auszusteigen, ist also völlig unvereinbar mit dem 1,5-Grad-Ziel. Das Fraunhofer Institut für erneuerbare Energiesysteme und einige weitere haben nachgewiesen, dass der Kohleausstieg bis 2030 auch technisch machbar ist.

Forderung 3: 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035
Damit Deutschland 2035 Nettonull erreichen kann, muss der gesamte Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Das beinhaltet auch die Energie für Transport und Heizen. Die Energiewende ist also zwingend notwendig, um in den Bereichen Verkehr, Wohnen und Bauen die Treibhausgasemissionen auf nahezu null zu reduzieren. Die Technologien für eine solche Energieversorgung gibt es bereits. Beispiele dafür sind Power-To-Gas als Speichertechnologie und die erneuerbaren Energien Windkraft und Solarenergie. Sie müssen konsequent eingesetzt werden. Zudem muss der Energieverbrauch reduziert werden.

Forderungen, die bis Ende 2019 realisiert werden müssen:

Forderung 4: Ende der Subventionen für fossile Energieträger
Die deutsche Regierung subventioniert Kohle, Öl und Gas laut Umweltbundesamt mit mehr als 45 Milliarden Euro pro Jahr. Alle Steuerzahler*innen zahlen somit Geld dafür, den Klimawandel weiter anzuheizen. Mit über 25 Milliarden Euro werden sie im Verkehr besonders stark subventioniert. Fossile Energieträger werden so auf Kosten der Allgemeinheit preiswerter gemacht,

als sie sind. Die Abschaffung der meisten dieser Subventionen ist rechtlich umsetzbar und eine Frage des politischen Willens.

Forderung 5: 1/4 der Kohlekraft abschalten
Kohlestrom ist die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung. Deutschland exportiert derzeit große Mengen davon ins Ausland. Wenn wir damit aufhören, können wir bereits sehr schnell viele Kohlekraftwerke abschalten. Der Kohlekommission lag ein Bericht vor, der beinhaltet, dass wir bis 2020 13 GW an Kohlekraftkapazitäten abschalten können, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Innerhalb von zwei Jahren kann man keine neuen Gaskraftwerke planen und bauen. In dem Szenario wird auch nicht angenommen, dass 2020 2,5 GW dauerhaft verfügbare Leistung an erneuerbaren Energien zugebaut wird. Damit ist umsetzbar, bis zum Ende dieses Jahres mindestens 10,5 GW, also 1/4 der derzeitigen Kohlekraftkapazitäten, abzuschalten.

Forderung 6: CO2-Steuer
Die CO2-Steuer könnte Maßnahmen wie den Kohleausstieg stark beschleunigen und wird von der Wissenschaft schon seit Jahren gefordert. Sie dient dazu, die Emissionen so effizient wie möglich zu reduzieren und muss auf alle ausgestoßenen Treibhausgase in allen Bereichen erhoben werden. Die bisherige CO2-Bepreisung durch den europäischen Emissionshandel ist zu schwach und lässt viele Bereiche aus. Indem Unternehmen den Schaden, den sie durch die Treibhausgasemissionen anrichten, bezahlen müssen, wären Kohlestrom und andere klimaschädliche Produkte sofort unrentabel.
Durch den Ausstoß von einer Tonne CO2 entstehen uns laut Umweltbundesamt 180 Euro Schaden. Dieser Schaden muss bezahlt werden. Dabei müssen 180 Euro bei der Einführung der Steuer nicht der Anfangspreis sein, aber schnell erreicht werden. Die Steuer muss durch politische Maßnahmen sozial verträglich gestaltet werden, zum Beispiel durch eine gleichmäßige Zurückzahlung der Einnahmen an die Bevölkerung.

Der Weltklimarat stellt fest, dass das 1,5-Grad-Ziel nur in starker internationaler Zusammenarbeit erreicht werden kann. Das muss die Regierung berücksichtigen und international produktiv am Klimaschutz mitarbeiten. Es ist aber keine Entschuldigung dafür, nichts für den Klimaschutz zu tun bis andere Länder etwas verändern. Die Herausforderung, die der Klimawandel darstellt, darf nicht ignoriert werden. Dafür muss Deutschland die oben genannten Forderungen umsetzen und wissenschaftlich fundierte Klimapolitik betreiben.